"Damit Konflikte nicht eskalieren" : der Kanton Zug stellt einen unabhängigen Vermittler an

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 11

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840368

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Damit Konflikte nicht eskalieren»

Der Kanton Zug stellt einen unabhängigen Vermittler an

Im Kanton Zug können Bürgerinnen und Bürger demnächst an einen unabhängigen Vermittler gelangen, wenn sie mit Entscheiden von kantonalen Verwaltungsstellen oder Behörden nicht einverstanden sind. Die Erfahrungen aus diesem Pilotprojekt sollen später in ein Gesetz für eine Ombudsstelle einfliessen.

Die Zuger Regierung hat einen Vermittler für Konfliktsituationen angestellt. Beat Gsell, Rechtsanwalt und ausgebildeter Mediator, wird die 50-Prozentstelle am 1. Februar 2003 antreten. Er soll in Konfliktsituationen als Schlichter zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und kantonalen Verwaltungsstellen auf der anderen Seite wirken.

Präventive Wirkung erwartet

Der Zuger Landammann und Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster verspricht sich von diesem Pilotprojekt eine präventive Wirkung: «Eine faire und von der Verwaltung unabhängige Vermittlung kann bewirken, dass Konflikte nicht eskalieren und sich Positionen der einen oder anderen Seite nicht verhärten.» In seiner Arbeit ist der Vermittler frei in der Wahl des Vorgehens – die Einwilligung der Ratsuchenden vorausgesetzt. Er kann beispielsweise auch aktiv werden, wenn Klagen kommunale oder private Stellen betreffen. Die Sicherheitsdirektion, der er administrativ unterstellt ist, hat ihm gegenüber kein Weisungsrecht. Die Stelle soll möglichst niederschwellig erreichbar und über das Sekretariat täglich kontaktiert werden können.

Sorgfältig mit Menschen umgehen

Wie stellen sich die Mitarbeitenden dazu, die ihre Arbeitsweise im Fall eines Verfahrens ja vollständig offen legen müssen? Die Verwaltung sei der neuen Stelle gegenüber positiv eingestellt, sagt Uster. Dies auch, weil man in Zug nach dem Gewaltakt vor gut einem Jahr besonders sensibilisiert sei; aber schon zuvor habe es Fälle von Auseinandersetzungen gegeben, die für die involvierten Mitarbeitenden belastend und zeitraubend waren. Von der Vermittlungsstelle verspreche man sich deshalb eine Entlastung.

«Sorgfalt im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern ist zentral. Und zwar von allem Anfang an, damit Konflikte erst gar nicht entstehen», betont Uster. Denn bei erstinstanzlichen Entscheiden oder schon im Vorfeld dazu würden die Weichen gestellt. Deshalb sorgt der Kanton Zug zum Beispiel mit Weiterbildung in Gesprächsführung dafür, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung transparent und bürgerfreundlich arbeiten. «Nahe bei den Leuten» sei die Verwaltung im kleinen Kanton mit rund 100'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ohnehin.

Die Vermittlungsstelle ist ein Pilotprojekt. Die Erfahrungen damit sollen in einen Gesetzesentwurf für die Schaffung einer Ombudsstelle einfliessen, den die Regierung später dem Kantonsrat unterbreiten wird. *ms*